

Bericht aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **167 (2001)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Parlamentarische Vorstösse

Das VBS muss bis zu Beginn der Frühjahrssession 2001 (5. März 2001) folgende **parlamentarische Vorstösse** beantworten:

■ **Motion Nationalrat Alex Heim** (CVP) zu Kostenbeteiligung des Bundes an der Sanierung von schadstoffbelasteten Böden bei Schiessanlagen

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, in welcher festgehalten wird, wie die Kosten aufgeteilt werden, die im Zusammenhang mit altlastbedingten Bodensanierungen bei Schiessanlagen entstehen. Der Bund hat sich in angemessener Form an den Sanierungskosten zu beteiligen.

Mit seinem grossen fachlichen Know-how muss der Bund die Kantone in diesen schwierigen Fragen beraten, damit auf Landesebene eine koordinierte Entsorgungslinie aufgebaut werden kann.

■ **Interpellation Nationalrat Walter Hess** (CVP) zu Planung Armee XXI. Offene Fragen

Nationalrat Hess weist darauf hin, dass die Planung der Armee XXI sich in der Endphase befindet. Ein solcher Reformprozess bringt logischerweise viel Nervosität und viel Unsicherheit mit sich. Diese Unsicherheit beschränkt sich nicht nur auf die direkt betroffenen Armeechefs und Verantwortlichen des VBS, sondern hat auch breite Kreise der Bevölkerung ergriffen. Die Sorge, ob auch die Armee XXI eine glaubwürdige, starke Landesverteidigung garantieren wird, ist nicht zu unterschätzen. Eine offene Informationspolitik kann viel beitragen, den Prozess mit möglichst viel Akzeptanz zum richtigen Ende zu führen.

Nationalrat Hess stellt in diesem Zusammenhang dem Bundesrat Fragen zur Strategie, zur Doktrin, zum Milizsystem, zur Ausbildung, zum Zeitplan, zur Verwaltungsreform und zum föderalistischen Aufbau.

■ **Interpellation Nationalrat Luzi Stamm** (FDP) zu Nachrichtendienst. Problematische Reorganisation

Nationalrat Stamm will u.a. wissen, ob der Bundesrat die Meinung teilt, dass die enge Zusammenarbeit der berufsmässigen Mitarbeitenden des Strategischen Nachrichtendienstes und der Milizpersonen bisher der Schweiz Nutzen gebracht hat. Wie soll die Leistungsfähigkeit des Nachrichtendienstes aufrechterhalten wer-

den können, wenn eine Vielzahl von Milizpersonen mit ihrem ausgewiesenen Sachverstand praktisch ersatzlos gestrichen werden, obwohl sich die Gefahren und Risiken immer mehr in die zivilen Bereiche verlagern?

■ **Interpellation J. Alexander Baumann** (SVP) zu Armee XXI und VBS XXI. Führungsstrukturen

Nationalrat Baumann stellt dem Bundesrat u. a. folgende Fragen:

– In welchem Rahmen kann eine Straffung der zentralen Militärverwaltung in Bern erfolgen?

– Welche Massnahmen sind in den Regionen unvermeidlich?

– Mit welchen Mitteln soll die Bindegliedfunktion zwischen der zentralen Führung in Bern und den Regionen und Kantonen im Sinne unseres föderalistischen Staates wahrgenommen werden?

■ **Interpellation Nationalrätin Barbara Haering** (SP) zu RUAG-Kanonen für Jordanien

Nach Nationalrätin Haering plant die Schweizerische Unternehmung für Waffensysteme (SW) in Thun, die sich zu 100 Prozent im Besitz des Bundes befindet, Jordanien das Recht zu erteilen, die SW-120-Millimeter Panzer-Kompakt-Kanone in Lizenz nachzubauen. Gleichzeitig erschüttert die neueste Welle von Gewalt in Israel und Palästina die Weltöffentlichkeit.

In diesem Kontext will Nationalrätin Haering vom Bundesrat u. a. wissen, ob dieser bereit ist, sich im Sinne von Artikel 5 Kriegsmaterialverordnung für die Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit und der regionalen Stabilität einzusetzen und der Situation im Innern des Bestimmungslandes, namentlich bezüglich der Respektierung der Menschenrechte, Rechnung zu tragen, indem er den Verkauf der SW-Kanonen-Lizenz nach Jordanien nicht bewilligt.

■ **Interpellation Nationalrat Fabio Abate** (FDP) zu Rekrutierungszentren

Das neue Rekrutierungskonzept Armee XXI hat zum Ziel, die Qualität zu verbessern. Der Rekrutierungsprozess soll gestrafft und auf wenige Standorte zentralisiert werden.

Nationalrat Abate stellt in diesem Zusammenhang verschiedene Fragen. Er macht sich insbesondere für einen Rekrutierungsstandort im Kanton Tessin stark.

■ **Interpellation Ständerätin Christiane Langenberger** (FDP) zu Tschernobyl

Aus der Geschäftsleitung VBS

Die **Geschäftsleitung VBS** (GL VBS) hat im **Dezember 2000** u. a. folgende **Geschäfte** behandelt:

- Orientierung über die Erfahrungen des neuen Kommandanten der Generalstabsschule
- Kaderlehrgänge und -laufbahnen in der Armee XXI
- Konzeptionsstudie Entscheidungsgrundlagen zu Aufbauorganisation und Prozessen (Armeestruktur Armee XXI)
- Armeeleitbild XXI (2. Entwurf)
- Ausbau Schiessplatz Hongrin (Dem Initiativkomitee unter der Leitung von Nationalrat René Vaudroz [FDP] wurde die Bewilligung zur Erstellung einer Detailstudie auf eigene Kosten für den Bau einer Super-G-Piste erteilt)
- Botschaft über die Beschaffung von Armeematerial (Rüstungsprogramm 2001)
- Orientierung über den Stand der Rüstungsplanung
- Orientierung über den Stand der Liquidation von Material, Munition und Immobilien
- Expo.02. Unterstützung durch die Armee und Stand der Bundesprojekte

Ständerätin Langenberger erkundigt sich u. a. nach den behördlichen Anordnungen im Anschluss an die Tschernobyl-Katastrophe vom 26. April 1986. Zudem will sie wissen, welchen Wert die unmittelbar nach dem Vorfall gemessene radioaktive Strahlung betrug (Maximalwert) und ob – als Folge davon – die Krebskrankheiten in gewissen Regionen der Schweiz bis heute zugenommen haben.

■ **Interpellation Nationalrat Walter Hess** (CVP) zu Armee XXI. «Denkpause» mit Sofortmassnahmen

Nationalrat Hess verweist auf seine Interpellation «Planung Armee XXI. Offene Fragen» (erste Spalte) und stellt fest, dass unterschieden die Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertretern des VBS, hohen Offizieren und Teilen der Bevölkerung nicht kleiner geworden sind, sondern an Schärfe zugenommen haben.

Sieht der Bundesrat die Möglichkeit einer einjährigen «Denkpause» bei der Armeepaltung mit gleichzeitiger Einleitung von Sofortmassnahmen, welche die Reform nicht präjudizieren, die aber drängende Probleme zu lösen im Stande sind?

■ **Interpellation Nationalrat Hans Werner Widrig** (CVP) zu Ersatzbeiträge im Baulichen Zivildienst

Mit seiner Interpellation weist Nationalrat Widrig darauf hin, dass per 31. Dezember 1999 in der Schweiz 341,718 Mio. Franken an Ersatzbeiträgen für die Abgeltung des Baues eingezogen wurden.

Er will vom Bundesrat u. a. wissen, wie viel davon bis Ende 1999 für den Unterhalt, die Wartung

und die Ausrüstungsbeschaffung investiert wurde.

■ **Interpellation Nationalrat Peter Jossen-Zinsstag** (SP) zu Vermessungsoffensive der Bauzonen

Nationalrat Jossen-Zinsstag stellt fest, dass sich die Einführung des Eidgenössischen Grundbuches – vor Jahrzehnten versprochen und als Ziel definiert – verzögert; u. a. auch deshalb, weil die Kantone mit ihren Vermessungsprogrammen hoffnungslos im Hintertreffen liegen.

Gegenwärtig führt das Bundesamt für Landestopographie im Auftrag des Bundesamtes für Landwirtschaft einen Grossauftrag aus, um die landwirtschaftlichen Nutzflächen, die teilweise nicht stimmen, neu zu vermessen. Was für die Ausschüttung für landwirtschaftliche Beiträge nötig ist, wäre vorab auch für die Bauzonen dringende, nämlich die raschestmögliche Vermessung in allen Kantonen.

Nationalrat Jossen-Zinsstag stellt u. a. die Frage, ob der Bundesrat bereit ist, im Zusammenhang mit einer Informatikinitiative nun endlich auch das Problem der raschen Einführung des Eidgenössischen Grundbuches an die Hand zu nehmen.

■ **Interpellation Nationalrat Peter Kofmel** (FDP) zu Bundesamt für Landestopographie

Nach Nationalrat Kofmel tritt das Bundesamt für Landestopographie vor allem im Rahmen von Sonderprojekten neben seiner hoheitlichen Funktion auch als Anbieterin vermessungstechnischer Leistungen am Markt auf. Etwa bei Projekten rund um die Erhebung der Daten der so ge-

Aus dem Geschäftsleitungsausschuss VBS

Der Geschäftsleitungsausschuss VBS (GLA VBS) hat im Dezember 2000 u. a. folgende Geschäfte behandelt:

- Revisionsbericht Spitzensportlerlehrgang in der Rekrutenschule
- Flugvorführungen 2001 der Schweizer Luftwaffe im In- und Ausland

nannten «Lothar»-Schäden oder bei jüngst vergebenen Aufträgen zur Kontrolle von Stausee-Mauern oder beim Flugdienst besteht dabei sogar die Befürchtung, dass Ausschreibungen auf die Möglichkeiten der Landestopographie zugeschnitten worden sein könnten, um private Anbieter zu verdrängen. In Einzelfällen soll auf die Submission sogar verzichtet worden sein.

Ist der Bundesrat bereit, der Landestopographie diesbezüglich in Zukunft eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen oder nicht (zukünftige Praxis)?

■ Interpellation Nationalrat Hans-Ulrich Mathys (SVP) zu Transportsystem VBS

Laut Nationalrat Mathys hat das VBS im Januar 1999 ein eigenes Transportsystem (TSVBS) ins Leben gerufen. Offensichtlich herrschen bei diesem Transportsystem unbefriedigende und chaotische Zustände. Die eigene Umsetzung des Systems stützt das VBS auf von ihm erstellte, indes jedoch eher zweifelhafte, Vergleichszahlen mit der ehemaligen Betreiberin, der CDS Cargo Domizil AG. Fragwürdig erscheinen auch die Organisations- und die Infrastruktur des TS VBS: Trotz erheblichem personellen und materiellen Aufwand ist ein mangelnder Auslastungsgrad der eingesetzten Transportmittel und insgesamt eine Verschlechterung des Services zu verzeichnen.

Nationalrat Mathys will u. a. wissen, ob es stimmt, dass das eigene Transportsystem zum Erhalt von VBS-Arbeitsplätzen erfolgt, und ob es zutrifft, dass die Vergleichszahlen, auf welchen das System aufgebaut ist, nie von externen neutralen Fachpersonen geprüft wurden.

■ Interpellation Nationalrätin Käthi Bangerter (FDP) zu Amtliche Vermessung

Nationalrätin Bangerter stellt fest, dass die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags zur Vervollendung der amtlichen Landesvermessung aus verschiedenen Gründen ins Stocken geraten ist. So kann etwa das im Bundesbeschluss vom 20. März 1992 über die Abgeltung der amtlichen Vermessung vorgesehene Kostenbeteiligungsmodell für die Kantone dazu führen, dass diese den ihnen erteilten Auftrag zur Ersterhebung der Daten der amtlichen Vermessung aus finanziellen Gründen zurückstellen.

Hält der Bundesrat die heutigen Kompetenzen des Bundes für ausreichend, um gegen Kantone, die den Aufgabenbereich der amt-

lichen Vermessung bewusst vernachlässigen, vorzugehen und sie zum Vollzug des Bundesrechts anzuhalten? Und ist er bereit, mehr Mittel bereit zu stellen, um die Kantone zu motivieren, diese aktiver zu beanspruchen und damit die amtliche Vermessung voranzutreiben?

■ Einfache Anfrage Nationalrat Ulrich Schlüer (SVP) zu KFOR-Einsatz in Kosovo. Bisherige Opferbilanz

Gemäss Nationalrat Schlüer motivierte die in Veranstaltungsinseraten publizierte Aussage, dass zur Konfliktbewältigung im Ausland eingesetzte bewaffnete Schweizer Soldaten bei solchem Einsatz u. U. gar ihr Leben verlieren könnten, einzelne Bundesräte zu scharfen Reaktionen.

Gemäss Medieninformationen haben mehrere seit Mitte 1999 am KFOR-Einsatz in Kosovo beteiligten nationalen Armeekontingente bereits Opfer an Toten oder dauernd Invaliden zu beklagen.

Ist der Bundesrat in der Lage, eine genaue Opferbilanz, aufgeteilt nach am KFOR-Einsatz beteiligten Ländern vorzulegen? Wie kann der Bundesrat ausschliessen, dass in ausländischen Konfliktgebieten bewaffnet oder unbewaffnet eingesetzte Schweizer Soldaten je in Zwischenfälle verwickelt werden, die unter Umständen Tote und Verletzte fordern?

■ Einfache Anfrage Ständerat Toni Dettling (FDP) zu Nachrüstung von privaten Schutzräumen

Ständerat Dettling weist darauf hin, dass gemäss Artikel 23 der Verordnung über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz (BMV) die privaten und öffentlichen Schutzräume, die den vom Bundesrat festgelegten Mindestanforderungen entsprechen, bis 31. Dezember 2000 auszurüsten sind. Namentlich sind auch die privaten Schutzräume bis zu diesem Zeitpunkt mit den erforderlichen Liegestellen und Notaborten auszurüsten (Art. 7 a BMV). In diesem Zusammenhang stellt sich insbesondere aus der Sicht der privaten Hauseigentümer u. a. die Frage, ob die verordnete Nachrüstung der privaten Schutzräume im Lichte des neuen Konzeptes für den Bevölkerungsschutz nach wie vor notwendig ist. Kann diese Ausrüstungspflicht nicht ersatzlos gestrichen werden? Wenn nein, aus welchen Gründen ist die ersatzlose Streichung nicht möglich?

Die Ziele des Bundesrats 2001

Der Bundesrat hat folgende Ziele aus dem Bereich VBS für das Jahr 2001 formuliert:

■ Ziel 4: Umsetzung «Sicherheit durch Kooperation»: Teilrevision der Militärgesetzgebung (Armee XXI) – Totalrevision der Zivilschutzgesetzgebung

Im Armeeleitbild XXI werden die Doktrin und Struktur der Armee XXI definiert. Es bildet zudem die Grundlage für die Umsetzung der Reform, insbesondere die Teilrevision des Militärgesetzes und die Transformation der Armee 95 in die Armee XXI. Anfang 2001 wird der Bundesrat ein Vernehmlassungsverfahren zum Armeeleitbild XXI durchführen. Gestützt auf die Ergebnisse der Vernehmlassung wird er in der zweiten Jahreshälfte 2001 sowohl das Armeeleitbild XXI als auch die entsprechende Botschaft über die Teilrevision des Militärgesetzes zuhanden des Parlaments verabschieden.

Ausserdem wird der Bundesrat im Frühjahr 2001 auch das Leitbild Bevölkerungsschutz und den Entwurf des totalrevidierten Zivilschutzgesetzes (neu: Bevölkerungsschutzgesetz) in die Vernehmlassung geben. In diesen Dokumenten werden insbesondere die sicherheitspolitischen Aufträge, die Struktur und Wirkungsweise des Bevölkerungsschutzes als ziviles Verbundsystem und die Aufgaben- und Kostenteilung zwischen Bund und Kantonen konkretisiert. Darüber hinaus werden auch die Bereiche Personelles (inkl. Schutzdienstpflicht), Ausbildung sowie die subsidiäre Unterstützung durch die Armee geregelt. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2001 – gestützt auf die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens – das Leitbild Bevölkerungsschutz und die Botschaft zum totalrevidierten Zivilschutzgesetz verabschieden.

■ Ziel 15: Förderung der Verständigung zwischen den Landesteilen: Botschaft zum Sprachengesetz (Sport)

... Der Bundesrat wird ausserdem im Jahr 2001 die Umsetzung seines neuen Konzeptes für eine Sportpolitik in der Schweiz einleiten. In diesem Zusammenhang wird er über die inhaltlichen und ressourcenmässigen Leitplanken für die Entwicklung von konkreten Massnahmen in den Bereichen

«Sport und Gesundheitsförderung», «Sport und Bildung», Nachwuchsförderung sowie Dopingbekämpfung beschlossen.

Die Ziele des VBS 2001

Das VBS hat folgende Ziele für das Jahr 2001 formuliert:

■ Ziel 1:

Die neue Sicherheitspolitik (Sicherheit durch Kooperation) wird innerhalb und ausserhalb des VBS konkretisiert; dabei wird die Idee eines integralen Sicherheitsverständnisses Schweiz durch eine verstärkte internationale, nationale (föderalistische) und interdepartementale Kooperation sichtbar gemacht.

■ Ziel 2:

Die Strategie «Sicherheit durch Kooperation» ist gegenüber dem Ausland mit zielgerichteten, gut vorbereiteten Operationen umgesetzt.

■ Ziel 3:

Mit der Umsetzung des «Sportpolitischen Konzepts» werden insbesondere die Bereiche Gesundheitsförderung, Bildung im Sport, Nachwuchsförderung und Dopingbekämpfung priorisiert.

■ Ziel 4:

Die «Alltagsgeschäfte» sind professionell (sach-, termin- und kostengerecht), mit der notwendigen politischen Sensibilität aufgearbeitet und kommuniziert.

■ Ziel 5:

Das Projekt VBS XXI setzt im Departement die Staatsleitungsreform um, koordiniert die Reformprojekte und stimmt die Kommunikation untereinander auf die politischen Partner ab.

Pilotprojekt Durchdiener

Oberst im Generalstab André Zumstein hat auf den 1. Januar 2001 in Saint-Maurice/Lavey die Aufgabe übernommen, das Pilotprojekt Durchdiener zu führen. Ein Durchdiener absolviert die gesamte Dienstzeit **innert 300 Tagen am Stück**. Im Hinblick auf die Realisierung der Armee XXI sieht der Pilotversuch vor, ab Juli 2001 **jährlich drei Kompanien** gestaffelt auszubilden.

Der 48-jährige Zumstein arbeitete seit 1998 als **Referent Heer** beim Chef VBS. ■